

Wohlfahrtsstaat oder Gesellschaft freier Bürger

Viele große Denker des 20. Jahrhunderts, wie **Bertrand de Jouvenel** (1903 - 1987), **Erik von Kühnelt** – **Leddihn** (1909 - 1999) oder lebende Zeitgenossen wie **Anthony de Jasay** (geb. 1925), **Gerd Habermann** (geb. 1945) und **Hans-Hermann Hoppe** (geb. 1949) stehen der Massendemokratie mit ihren *gezählten*, nicht *gewogenen* Stimmen aus gutem Grund kritisch gegenüber. Sie sehen diese Art der Demokratie, die nur dem Namen nach mit dem in der Polis der griechischen Antike praktizierten System zu tun hat (damals ging es nicht ums *Wählen*, sondern um eine Partizipation verantwortlicher Männer an der Politik), den Wegbereiter des Totalitarismus, ein Synonym für Pöbelherrschaft und Sozialismus. Der Wohlfahrtsstaat bildet die letzte Entwicklungsstufe der auf gewaltsame Gleichmacherei gerichteten Massendemokratie. Seine Grenze zur totalitären Demokratie – zur Diktatur des Pöbels - ist fließend.

Die folgende Arbeit gliedert sich in vier Teile

- 1.) **Der moderne Wohlfahrtsstaat und seine Entstehungsgeschichte**
- 2.) **Die Todsünden des klassischen Liberalismus**
- 3.) **Die Ideen der Österreichische Schule als Grundlage einer Gesellschaft freier Bürger.**
- 4.) **Wie eine Gesellschaft freier Bürger aussehen könnte**

1.) Der moderne Wohlfahrtsstaat

Der moderne Wohlfahrtsstaat am Beginn des 21. Jahrhunderts ist – scheinbar - ein Paradies: Wir genießen Fürsorge und Versorgung von der Wiege bis zur Bahre – losgelöst von individueller Leistung und Bedürftigkeit. Alles ist gratis – Schulen, Hochschulen, Renten, Gesundheitsdienstleistungen. Das alles ist staatlich monopolisiert und damit bombensicher. Die funkelnde Krone auf alledem bildet die „Grundsicherung“. Damit wurde endlich auch ein einklagbares *Recht auf Faulheit* gesetzlich verankert.

Wo gehobelt wird, da fallen allerdings Späne - und so sind kleine Opfer unvermeidlich: Obrigkeithliche Regulative bis in den privaten Lebensbereich sind hinzunehmen – sie dienen ja nur dem Besten der Bürger. Die nunmehr vorgeschriebene Verwendung staatlich anerkannter Leuchtmittel und eine dräuende „Duschkopfverordnung“ sind prächtige Beispiele. Massive Eingriffe in die Privatrechtsautonomie, teilweise sogar deren Abschaffung, sind an der Tagesordnung. Eine Aufhebung der Vertragsfreiheit in vielen Bereichen – z. B. im Arbeitsrecht, bei der Ladenöffnung, im Mietrecht – und auch Preisvorschriften, erscheinen bereits ganz selbstverständlich...

Wir erleben die totale Gängelung der Bürger – jenseits dessen, woran George Orwell dachte, als er seine 1984er-Dystopie ersann. Doch Regulierung und Überwachung sind nicht nur unproduktiv, sondern sie behindern die Produktion. Darüber hinaus verursachen sie hohe Kosten! Und da – den falsch gesetzten Anreizen sei Dank - eine stetig kleiner werdende Schar von Produktiven die Chose finanzieren muß, steigt deren Steuerlast unentwegt - was die Effizienz des Gesamtsystems weiter reduziert. Der Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 1986, **James Buchanan**, stellte treffend fest: „*Die Steuerlast ist endlich*“. Spätestens bei 100% Steuerbelastung bleibt auch ein notorischer Workaholic lieber daheim.

Im Wohlfahrtsstaat wird weniger produziert, als unter Marktbedingungen möglich wäre. Zwar essen alle mit gleich großen Löffeln, die Schüssel aus der sie das tun, ist indes kleiner. Im Land am Strome sind Mittlerweile weniger als 50% der Bevölkerung erwerbstätig. Der Rest sitzt – als Pensionist, Früh- oder Invalidenrentner, als Sozialhilfebezieher oder Langzeitstudent herum, ohne zu produzieren. Von den Werkstätigen liefert – der progressive Einkommensteuertarif macht's möglich - die Hälfte keine direkten Steuern ab. Zieht man von der Zahl der Erwerbstätigen jene ab, die von Steuern leben, also den öffentlichen Dienst, Kammermitarbeiter, Politfunktionäre etc., dann bleiben rund 20% als Nettozahler übrig. Diese Opfer der Umverteilung sind genötigt, 2/3 ihres Einkommens an den Fiskus abliefern (43% direkte Steuern, + 16,66% USt. + Abgaben + Arbeitgeberanteil zur SV).

Aber trotz einer nie dagewesenen Ausbeutung der Leistungsträger durch den Staat, erleben wir einen Staatsschuldenexzess ohnegleichen, da die staatlichen Anmaßungen nicht mehr allein durch Steuern finanziert werden können, ohne massive Widerstände auszulösen.

Offizieller Schuldenstand: (explizite Schulden) 232 Mrd. € (1970: 3,42 Mrd.)

Das sind, pro Bürger: € 31.000,-, pro Erwerbstätigen: € 55.400,-

Zinsendienst p. a.: derzeit 8,2 Mrd. € (aktuelle Zahlen für Österreich).

Ohne die von den jüngeren Generationen dereinst abzuzahlenden Schulden, wäre der Wohlfahrtsstaat (WS) längst nicht mehr finanzierbar. Seine Grenzen sind erreicht – am deutlichsten wohl in Griechenland, dem Land mit dem größten Anteil an mittelbar und unmittelbar Staatsbediensteten im zivilisierten Teil der Welt.

Paradoxerweise nimmt - trotz des laufend steigenden Umverteilungsvolumens - die Zahl der Armutsgefährdeten dennoch ständig zu. Das ruft die Linken auf den Plan und veranlasst sie zum Ruf nach einer noch höheren Enteignungsquote für die Leistungsträger. Möglich ist das, da die Ergebnisgleichheit - Gleichverteilung des Wohlstands - ein zentrales Anliegen des WS ist. Armut ist – vorgeblich - sein Hauptgegner. Was aber bedeutet Armut? Kein Dach über dem Kopf zu haben, krank zu sein und nichts zu essen zu haben! Wer so etwas sehen will, muß heute nach Kalkutta, nach Lagos – oder wenigstens nach *Moldawien* reisen. Die Armutsbekämpfung- Umverteilungs- und Wohlfahrtsindustrie ist hierzulande daher im Grunde *arbeitslos*. Abertausende deren Mitarbeiter (die Caritas ist mittlerweile einer der größten Arbeitgeber im Lande!) – alle gut ausgebildet und mit ansehnlichen Bezügen dotiert – wären überflüssig, wenn sie nicht ein geniales Alternativkonzept entwickelt hätten: Das Konzept der *relativen Armut*! Damit ist ein Perpetuum Mobile geschaffen, denn relative Armut wäre nur mittels totaler Gleichmacherei auszurotten – und die hat's selbst unter Stalin und Mao nicht gegeben. Zur Veranschaulichung der aberwitzigen Grundlage dieser Vorstellung: „Armut“ bemisst sich am Medianeinkommen. Wer weniger als 60% des Medianeinkommens bezieht, ist armutsgefährdet! Auch eine Verdoppelung aller Einkommen hätte demnach keine Wirkung auf die Zahl der „Armen“. Eine Abwanderung der Reichsten dagegen senkt nach diesem irrwitzigen Konzept die Armenquote:

Abwegiges Konzept der "relativen Armut" - orientiert am Medianeinkommen

Einkommen	Kollektive Einkommensverdoppelung bleibt wirkungslos	Zunehmende Zahl von "Besserverdienern" bedeutet mehr Arme	Insgesamt sinkendes Einkommensniveau: weniger oder keine Armen	Zunehmende Zahl der Geringverdiener bedeutet weniger oder keine Armen
300	600	600	600	300
300 14,29%	600 14,29%	600 47,62%	600 Keine	300 Keine
300 Arme	600 Arme	600 Arme	600 Armen	300 Armen
500	1000	1000	600	300
500	1000	1000	600	300
500	1000	1000	600	300
500	1000	1000	1000	300
500	1000	1000	1000	300
500 60%/Median	1000 60%/Median	1000 60%/Median	1000 60%/Median	300 60%/Median
800 480	1600 960	2000 1200	1000 600	300 180
800	1600	2000	1000	800
800	1600	2000	1000	800
800	1600	2000	1600	800
1000	2000	4000	1600	1000
1000	2000	4000	1600	1000
4000	8000	16000	2000	4000
4000	8000	16000	2000	4000
8000	16000	32000	2000	8000
10000	20000	40000	8000	10000

Gerd Habermann, („Polemische Soziallexikon“): meint: „*Der Wohlfahrtsstaat ist das reformerische Nachfolgemodell des versinkenden Sozialismus*“.“ Und weiter: „*Der Wohlfahrtsstaat ist eine Methode, die Leute mit ihrem eigenen Geld vom Staat abhängig zu machen.*“

Gerard Radnitzky (1921 – 2006): stellt fest: „*Der Wohlfahrtsstaat hat eine neue Art des „Individualismus“ hervorgebracht: den Individualismus ohne Verantwortung.*“

Auf **Wikipedia** lesen wir: „*Wohlfahrtsstaat bezeichnet einen Staat, der weitreichende Maßnahmen zur Steigerung des sozialen, materiellen und kulturellen Wohlergehens seiner Bürger ergreift.*“ Der WS geht daher weit über den Sozialstaat hinaus, der nur Existenzsicherung in Notlagen bietet. Im WS ist Sozialpolitik nicht mehr allein auf bedürftige Gruppen ausgerichtet.

Die Wiege des WS steht in Preußen und zwar nicht erst seit **Bismarck**, der – ebenso genialer wie zynischer Machtmensch der er war - die Sozialversicherung „erfunden“ hat, um den damals im Aufwind befindlichen Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schon **Friedrich II.** (der Große) hatte klare Vorstellungen von der Beglückung seiner Untertanen – z. B. mittels „Magazinpolitik“, Handelsbeschränkungen, um die eigene Produktion zu schützen (z. B. Seide) und Staatsmonopole. Der Staat sollte der Fürsorger, für seine Bürger – ewig unmündige Kinder -sein.

Bereits damals regte sich allerdings Kritik an staatlicher Bevormundung und Handelshemmnissen: **Graf Mirabeau** nahm den Autarkiegedanken unter Beschuß: der WS „...*macht weder reich noch glücklich (...)* bringt um den Vorteil der internationalen Arbeitsteilung...“ und - als ob die Zustände im europäischen Immigrantensattel der Gegenwart beschrieben würden: „...*durch königliche Geschenke angelockt, [sei] Gesindel hingewandert, das nicht die geringste Arbeitslust mitgebracht habe*“(!) „*Der König müsse nicht schenken, er müsse nur frei erwerben lassen*“ Mirabeau fordert völlige Gewerbefreiheit und „Genußfreiheit“ (z. B. für das „unnötige Luxusprodukt“ Kaffee).

J. Wolfgang v. Goethe, Beamter und Minister „*Kehre jeder vor seiner eigenen Tür...Das Glück des Ganzen – eine „bewegliche Ordnung“ – ergibt sich so als Ergebnis spontanen individuellen Handelns*“.

Friedrich Schiller formuliert eine systematische Kritik des gängelnden Staates in seinen „Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen“ - „Sparta vs. Athen“. (Wohlfahrts-)Staat vernichte die Moral. „*Zur moralischen Schönheit der Handlungen ist die Freiheit des Willens die erste Bedingung, und diese Freiheit ist dahin, sobald man moralische Tugend durch gesetzliche Strafen erzwingen will.*“

Wilhelm von Humboldt spricht vom „...*passiven Leben des genährten Sklaven*“ Persönlichkeit ist für ihn wichtiger als ein komfortables Leben. Nicht auf fremde Hilfe verlassen – das stumpft ab, macht passiv, untüchtig, verhindert Erfahrungen – und es erzieht zu asozialem Verhalten: Er lehnt, wie Adam Smith, beamtete Erzieher ab. Der Staat soll nicht Unternehmer sein. Einziger Staatszweck sei die: Produktion von Sicherheit nach innen und außen.

Immanuel Kant sieht die menschliche Würde davon abhängig, seine Ziele selbst definieren zu können: „...*dem Leben durch Handlungen einen Wert zu geben.*“ Menschen als unmündige Kinder zu halten sei dagegen „...*der größte denkbare Despotismus*“.

Eine Fundamentalkritik von **Lysander Spooner** (1808 – 1887, US - Sklavereigegner und Anarchist), die über den wohlfahrtstaatlichen Gedanken hinausgreift und sich mit dem Prinzip der politischen Vertretung durch Abgeordnete kritisch auseinandersetzt: [aus dem Aufsatz „**No Treason**“]: „*Wenn ein Mensch mein Diener, Agent oder Anwalt ist, bin ich im Rahmen der ihm von mir übertragenen Vollmacht notwendigerweise verantwortlich für alle seine Handlungen. Wenn ich ihm, als meinem Agenten, entweder absolute oder irgendeine Macht über Personen oder Besitztümer anderer Menschen als mir selbst übertragen habe, bin ich dadurch notwendigerweise gegenüber diesen Personen*“

verantwortlich für jeden Schaden, den er ihnen zugefügt hat, solange er innerhalb des Rahmens der Machtbefugnis wirkt, die ich ihm gewährt habe. Kein Individuum jedoch, das in seiner Person oder seinem Eigentum durch Handlungen des Kongresses geschädigt worden sein mag, kann sich an die individuellen Wähler wenden und sie für diese Handlungen ihrer so genannten Agenten oder Repräsentanten zur Verantwortung ziehen. Diese Tatsache beweist, daß diese anmaßenden Agenten des Volkes - von uns allen - in Wirklichkeit die Agenten von Niemandem sind.

Die neoliberale Kritik des 20. Jahrhunderts richtet sich primär gegen das Setzen falscher Anreize durch den WS. Statt Eigentum zu schaffen und die Produktion zu steigern, wird der Neid aufgestachelt und eine wohlstandsvernichtende Umverteilung – Kapitalverzehr – gefordert und befördert (**Erhard, Röpke**).

Abseits der funktionalistischen Kritik, die auf die reduzierte Effizienz des Systems zielt, ist der WS aber vor allem deshalb zu kritisieren, weil er den frei geborenen Menschen daran hindert, seiner Vorstellung gemäß nach Glück zu streben. Stattdessen wird der Mensch – wie Konrad Lorenz feststellt - „*verhausschweint*“ und den Fährnissen einer wandelbaren Sozialpolitik unterworfen. Der Verlust der Freiheit ist die unvermeidliche Folge.

2.) Die Todsünden des klassischen Liberalismus

F. A. Hayek: „*Der echte Liberalismus zeichnet sich dadurch aus, dass er die nicht auf politischem Zwang beruhenden Konventionen des gesellschaftlichen Zusammenlebens als wesentliche Faktoren für die Erhaltung einer sozialen Ordnung betrachtet.*“ Er stellt das im Gegensatzpaar von Kosmos und Taxis in seinem Opus Magnum „*Die Verfassung der Freiheit*“ dar. Kosmos bezeichnet das, was er eine „spontane Ordnung“ nennt – eine, wenn man so will, „informelle“ Ordnung, die nicht in Gesetzesform gegossen sein muß, die aber jedenfalls *nicht* oktroyiert wird. Der Begriff Taxis bezeichnet dagegen die (staatliche) Sphäre von Befehl und Gehorsam.

Hans-Hermann Hoppe, einer der prominentesten lebenden Vertreter der „Austrian School“ sieht Den ersten fundamentalen Fehler des klassischen Liberalismus darin, dass er sich - anstatt das Eigentum der Bürger zu schützen, auf die Seite des Staates stellt, der gewaltsam in deren Eigentum eindringt, indem er – ohne Zustimmung der Betroffenen – von ihm festgelegte Zwangsabgaben (Steuern) erhebt. Denn der Staat „...eine durch zwei typische Charakteristika geprägte Agentur: den Anspruch, innerhalb eines begrenzten Territoriums monopolistischer „Rechtsetzer und Letztentscheider“ zu sein; und dem Recht, Zwangsabgaben einzuheben“ schafft das ihm genehme Gesetz, anstatt Recht zu suchen und zu finden – ein fundamentaler Widerspruch zur klassisch- liberalen Forderung nach der *Rule of Law*.

In keiner sozialen Gruppe würde einem Einzelnen das Recht zugestanden, auch in Streitfällen, in die er selbst involviert ist, als Schiedsrichter zu fungieren. Dem Staat jedoch steht dieses Recht unwidersprochen zu. Im Fall einer Auseinandersetzung eines Bürgers mit dem Staat entscheidet immer der Staat in letzter Instanz. „*Der Staat als enteignender Eigentumsschützer – das ist ein fundamentaler Widerspruch!*“

Den zweiten Kardinalfehler des klassischen Liberalismus sieht Hoppe in dessen völlig unkritischer Parteinahme für die Demokratie. Der historische Grund: Die Privilegien des Königs sollten verschwinden. Allerdings wurden im antimonarchistischen Überschwang die persönlichen Privilegien des Monarchen durch funktionelle Privilegien der demokratischen Funktionsträger ersetzt (eine Überlegung, die Bertrand de Jouvenel in seinem Buch „*On Power*“ Jahrzehnte früher elaboriert ausführt). Die Grundannahme, dass Liberalismus und Demokratie natürliche Verbündete wären, ist durch die Fakten widerlegt. Totalitärer als die alle Lebensbereiche regulierende Demokratie hat keine absolute Monarchie in der Geschichte agiert. Den Bürgern vorzuschreiben, auf welche Weise sie ihr Stiegenhaus zu beleuchten haben, was und wo sie rauchen oder trinken dürfen, ist selbst absolutistisch regierenden Tyrannen nie eingefallen.

Während ein Monarch sein Land als Privateigentum betrachtet und „nachhaltig“ bewirtschaftet – schließlich hat er ein dynastisches Interesse an dessen Werterhaltung – liegen die Dinge bei demokratisch gewählten Funktionären anders. Der demokratische Politiker ist dem angestellten Unternehmensmanager vergleichbar, nicht dem den Betrieb führenden Eigentümer! Er hat größtes Interesse daran, innerhalb der kurzen ihm zugestandenen Funktionsperiode das Maximum an Ertrag herauszuholen - wird langfristige Ziele vernachlässigen. Er denkt in Vier- oder Fünfjahreszyklen.

Der Einwand, daß Demokratien die Möglichkeit bieten, schlechte Funktionäre abzuwählen (wie das etwa **Karl Popper** tut) ist durch die Realität widerlegt. Der Grund liegt in der unterschiedlichen Funktionsweise der Marktsphäre und der politischen Sphäre. Bemerkenswert zum Verständnis dieses Umstands ist das 1914 erschienene Buch „*Der Staat*“ von **Franz Oppenheimer**. Er spricht von zwei Arten, Einkommen zu erwerben: Unter Einsatz des *wirtschaftlichen Mittels* – also dem freien Austausch von Waren oder Dienstleistung gegen Geld – einem Verfahren bei dem beide Seiten gewinnen, und dem *politischen Mittel* – der gewaltsamen Enteignung der einen Seite durch die andere – ohne dass den Enteigneten dafür Anspruch auf eine konkrete Leistung erwächst. Den wirtschaftlichen Wettbewerb gewinnen stets die Besten – zum Wohl des Konsumenten; den politischen immer die Übelsten – zum Schaden der Bürger.

Der Schuster, der Kaufmann und der Zahnarzt – sie liefern aus freien Stücken nachgefragte Leistungen. Sie und alle anderen auf dem Markt tätigen Akteure schaffen Werte – *Güter*. Hier kann ein Wettbewerb der Nachfrageseite nur Vorteile bringen – gleich ob die nun in niedrigeren Preisen oder in höherer Qualität bestehen. Der Staat - dagegen produziert nichts. Man könnte es noch pointierte formulieren, indem man sagt, er produziert nicht nur keine Güter, sondern sogar Übel, also „*Ungüter*“. Da das so ist, kann ein Wettbewerb in der politischen Sphäre nie zu etwas Gutem führen! Hoppe: „*Es kann kein öffentliches Interesse an einen Wettbewerb bestehen, wer der effizienteste KZ-Kommandeur oder der brutalste Räuber ist.*“ Schon Kirchevater Augustinus wusste um diese Problem, als er dem Staat attestierte, unter Umständen nichts anderes zu sein als eine *Räuberbande* (zitiert v. Benedikt XVI. im Dt. Bundestag).

In einer Erbmonarchie besteht immerhin die Möglichkeit, daß *zufällig* ein dafür geeigneter oder wenigstens ein „netter“ Mensch auf den Thron gelangt (in Preußen und Großbritannien war es mehrfach der Fall, daß solche Persönlichkeiten die Krone trugen. Österreich hatte leider deutlich weniger Glück!). Im demokratischen Wettbewerb dagegen, würde ein „netter Mensch“ keine Chance haben. Im demokratischen Wettstreit obsiegen stets die skrupellosesten Individuen. Ein Blick auf die wichtigsten, demokratisch gewählten Politiker – von Abraham Lincoln bis Adolf Hitler und von Georges Clemenceau bis Jacques Chirac – liefert den beeindruckenden Beweis für diese These.

Das demokratische Prinzip ist nur auf unterster Ebene sinnvoll anzuwenden - also in kleinen Gemeinden, wo jeder jeden kennt und daher die Gefahr einer institutionalisierten Ausbeutung einer Minderheit durch die Mehrheit gering ist (was auch der gerne – kontrafaktisch - als Generalanwalt des Demokratismus zitierte **Jean-Jacques Rousseau** genau so sah!). Der klassische Liberalismus dagegen – und das ist ein weiterer seiner Kardinalfehler, hatte als Ziel immer eine Weltregierung im Blick. Da das Wesen der Demokratie in der Aneignung fremden Eigentums mittels Stimmzettels liegt, kann man sich leicht ausmalen, was angesichts der internationalen Bevölkerungsverteilung in einem solchen Fall heute geschehen würde: Eine asiatisch dominierte Koalitionsregierung würde den in Europa vorhandenen Wohlstand nach Fernost umverteilen – immerhin leben dort und in Ozeanien mehr als 50% der Weltbevölkerung! Der klassische Liberalismus hat übersehen, daß die Demokratie - als Gegenentwurf zur Monarchie - zu einer leichteren Akzeptanz staatlicher Machtansprüche führt: Immerhin bietet sich Krethi und Plethi (die zumindest theoretische) Möglichkeit, selbst an die Schalthebel der Macht zu gelangen - was in einer dynastischen Monarchie unmöglich wäre. Die Chimäre einer möglichen eigenen Beteiligung an den Staatsgeschäften bildet eine Art Trostpreis für die zunehmende Ausbeutung durch den Staat.

Ad 3.) Die Ideen der Österreichische Schule als Grundlage einer Gesellschaft freier Bürger

Ludwig von Mises (1881 – 1973): „*Man kann Liberalismus nicht ohne Nationalökonomie verstehen. Denn der Liberalismus ist angewandte Nationalökonomie, ist Staats- und Gesellschaftspolitik auf wissenschaftlicher Grundlage.*“

Wilhelm Röpke (1899 – 1966): „*Eines von beiden wird früher oder später weichen müssen: das freie Gesellschafts- und Wirtschaftssystem oder der heutige Wohlfahrtsstaat.*“

Von den Protagonisten der „Österreichischen Schule“ (ÖS) ist gerade einmal F. A. Hayek – dank seines Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften (1974) – hierzulande bekannt. Allenfalls noch Eugen von Böhm Bawerk ist manchen ein Begriff: als Portrait, das die zuletzt gültige 100 – Schilling – Banknote zierte. Carl Menger, Friedrich von Wieser oder Ludwig Mises dagegen sind der breiten Öffentlichkeit heutzutage weitgehend unbekannt. Mit Murray Rothbard oder den Namen der rezenten Vertreter der „Österreichischen Schule“ weiß allenfalls eine kleine Gemeinde ideengeschichtlich interessierter Zeitgenossen etwas anzufangen. In den USA oder in Großbritannien liegen die Dinge anders...

Am Beginn der ÖS stand die akademische Auseinandersetzung mit der deutschen „Historischen Schule“, zu deren wichtigsten Protagonisten **Werner Sombart**, **Luigi Brentano** und der Kathedersozialist **Gustav von Schmoller** zählten. Der von Menger 1883 angestoßene „Methodenstreit“ stand im Mittelpunkt dieser Kontroverse. Die historische Schule sah keine Möglichkeit, eine konsistente, von Zeit und Ort unabhängige Wirtschaftstheorie zu entwickeln. Sie konzentrierte sich stattdessen auf die Betrachtung eng umgrenzter Untersuchungsbereiche und versuchte, empirisch gewonnene Erkenntnisse induktiv auf andere Zusammenhänge - auf das größere Ganze - zu übertragen.

Der „Vater“ der ÖS, **Carl Menger** (1840 – 1921), ersann eine logisch deduktive Methode, die den Wert konsistenter Theorien betont und die eine bloße Sammlung empirischer Daten, die niemals allgemein gültigen Erklärungswert besitzen können, vergleichsweise gering schätzt. 1871 erschien Mengers Werk „*Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*“ mit welchem er der bis dahin herrschenden klassischen Werttheorie eine „*Grenznutzenbewertung*“ entgegensetzte. Es ist ein historisch reizvolles Detail, daß Carl Menger Lehrer und Freund des 1889 durch Suizid zu Tode gekommenen österreichischen Thronfolgers, Kronprinz Rudolf, war.

Eugen Böhm von Bawerk (1851 – 1914), der zweite große Geist der „Austrians“ war nicht nur als Gelehrter, sondern auch in der Politik tätig. Dreimal – von 1895 bis 1904 wurde er – nach einer vorangegangenen Beamtenkarriere im Finanzressort - als Finanzminister ins Kabinett berufen. Im Anschluß daran lehrte er bis zu seinem Tode Finanzwissenschaften an der Universität Wien. In seiner Amtszeit als Finanzminister sah er sich einer ausgeglichenen Gebarung der Staatsfinanzen, die er u. A. durch die Einführung einer direkten Einkommenssteuer (mit einem Spitzensatz von 5%!) erreichte, sowie einer strikten Golddeckung der Währung verpflichtet. Nach seinem wissenschaftlichen Hauptwerk „*Kapital und Kapitalzins*“ veröffentlichte er unter dem Titel „*Macht oder ökonomisches Gesetz?*“ eine kleinere Publikation in welcher er den Nachweis dafür führte, daß auch ein Staat sich der Gültigkeit wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten nicht entziehen kann.

Ludwig von Mises (1881 – 1973), ein Schüler Böhm-Bawerks, war der wohl produktivste Geist aus dem Kreise der „Österreicher“. Angesichts seiner staatskritischen Haltung nimmt es nicht Wunder, daß er Zeitlebens niemals eine seinem brillanten Geist angemessene Position auf universitären Boden erlangte. Das Motto „Wes' Brot ich ess' des Lied ich sing“ war seine Sache nicht. 1922 veröffentlichte er – ein Jahr nach der Ausrufung der „Neuen ökonomischen Politik“ durch Lenin (die eine Rücknahme zahlreicher Kollektivierungsmaßnahmen unter dem Eindruck katastrophaler Versorgungsmängel brachte) - ein umfangreiches Werk mit dem Titel „*Die Gemeinwirtschaft*“ (in der englischen Version: „*Socialism*“).

Darin führt er den stringenten Nachweis für die – angesichts des Fehlens von Marktpreisen - Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Planwirtschaft. Eine zentral gelenkte Kommandowirtschaft ist zur willkürlichen Preisfestsetzung, zur systematischen Fehlallokation der Ressourcen und damit zu Verschwendung, Ineffizienz und Wohlstandsvernichtung verurteilt. Es ist bemerkenswert, daß bis zum heutigen Tage keine nennenswerte akademische Erwiderung dieses Frontalangriffs auf die Planwirtschaft vorliegt. Mises durfte die empirische Bestätigung seiner Thesen – den Zusammenbruch des Realsozialismus – freilich nicht mehr erleben.

Mit seinem 1929 – noch vor dem „Schwarzen Freitag“ - erschienenen Text „*Kritik des Interventionismus*“ zeigte dieser Mann geradezu seherische Gaben. Er beschrieb darin jene durch staatliche Geldmengenausweitung und Wirtschaftsgängelung ausgelöste Dynamik, die schließlich in Börsencrash und jahrelanger Depression ihre notwendigen Konsequenzen fand. Daß es den Interventionisten anschließend geglückt ist, dieses ausschließlich ihrer Politik geschuldete Desaster zu einer „*zyklischen Krise des Kapitalismus*“ umzudeuten und daraus die Notwendigkeit zu noch drastischeren Eingriffen in den Markt abzuleiten, ist eine schlechterdings nicht zu überbietende Ironie. Mises' Hauptwerk ist das 1940 erschienene Werk „*Nationalökonomie*“ (in der erweiterten englischsprachigen Fassung: „*Human Action*“). Darin legt er eine umfassende Theorie menschlichen Handelns vor.

Der wirkungsmächtigste Nationalökonom des 20. Jahrhunderts, **John Maynard Keynes**, hat die Auseinandersetzung mit den „Austrians“, klar für sich entschieden. Seit den Dreißiger Jahren dominieren seine als „Keynesianismus“ kanonisierten Ideen bis heute die Wirtschaftspolitik. Er hat es verstanden, mit seinem Plädoyer für umfassende staatliche Interventionen in die Wirtschaft die politische Klasse und große Teile der tendenziell marktkritisch und antikapitalistisch eingestellten Intellektuellen auf seine Seite zu ziehen. Zwischen den beiden Weltkriegen setzten nationale Regierungen diesseits und jenseits des Atlantiks konsequent keynesianische Ideen ins Werk. Die „*ordentliche Beschäftigungspolitik des 3. Reiches*“ unterschied sich nur marginal vom „New Deal“ der Roosevelt-Administration. Beide setzten auf Staatsverschuldung zugunsten von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, massive „soziale Umverteilung“ und „Kaufkraftsicherung für die Massen“. Marxistische und nationalsozialistische Wirtschaftslenkung sind mit freiem Auge kaum voneinander zu unterscheiden - eine Tatsache, auf die L. Mises schon in den Vierzigerjahren mit Nachdruck hinwies (8 von 10 Programmpunkten des „Kommunistischen Manifests“ wurden von den Nationalsozialisten umgesetzt. Lediglich die Abschaffung des Grundbesitzes und des Erbrechts fehlten...). Liberale „österreichische“ Konzepte hatten - insbesondere unter den Bedingungen eines in den 40er-Jahren weltweit grassierenden Kriegssozialismus – keine Chance.

Erst nach dem 2. Weltkrieg wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der „Austrians“ – wenn auch nur zum Teil und für jeweils kurze Zeit – z. B. unter der Federführung des Wirtschaftsministers **Ludwig Erhard** in Deutschland, unter **Margaret Thatcher** im UK, unter **Ronald Reagan** in den USA und vom Regime **Augusto Pinochets** in Chile umgesetzt.

Friedrich August von Hayek, (1889 – 1992) ein Schüler L. Mises', ist der bis heute prominenteste Protagonist der „ÖS“. Seinen Weltruhm begründete er mit dem 1944 erschienen Werk „*The Road to Serfdom*“ (Der Weg zur Knechtschaft), in welchem er, unter dem Eindruck des Kriegssozialismus, eine eindringliche Warnung vor dem Abgleiten in den Totalitarismus formuliert. Die Veröffentlichung des Textes durch „Readers Digest“ im Jahr 1945 verhalf dem Buch – und dessen Autor - zu weltweiter Popularität. Von größter Bedeutung für sein Werk ist die These von der „*Anmaßung von Wissen*“, an dem jede zentral planende Macht scheitern muß. 1974 erhält er für „... seine bahnbrechenden Arbeiten auf dem *Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie*...“ den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Das offizielle Österreich, unter Kreisky/Androsch damals auf keynesianischem Kurs, schweigt zu diesem Erfolg eines Landsmannes: es gibt keinerlei Ehrung Hayeks. Seine Thesen finden (in Teilen) ihre reale Umsetzung in der „neoliberalen“ Politik Margaret Thatchers im UK (insbesondere in deren Kampf gegen die Hegemonie der Gewerkschaften) und den „*Reaganomics*“ in den USA.

Der in New York geborene **Murray Newton Rothbard** (1926 -1995) ist der erste nicht aus Europa stammende „Austrian“. Wie sein Mentor Mises, versteht er sich eher als politischer Philosoph, denn als Wirtschaftswissenschaftler. Waren Hayek und Mises indessen erklärte Vertreter des „Minimalstaatskonzeptes“, so lehnt Rothbard jede staatliche Autorität dem Grunde nach ab und wird zum Vordenker des „*Anarchokapitalismus*“. Er steht dabei auf jenem gedanklichen Fundament, das von der spanischen Scholastik und von John Locke (1632 – 1704) gelegt wird, dessen Philosophie strikt dem Konzept des Naturrechts folgt. Rothbards Gedanken basieren auf der Vorstellung von angeborenen, unveräußerlichen Rechten, über die jedes Individuum verfügt und der Locke'schen Idee des „*Eigentums an sich selbst*“. Wesentliches Kennzeichen seiner Philosophie ist das „*Nichtaggressionsprinzip*“, welches besagt, daß kein Mensch das Recht hat, auf andere Zwang und Gewalt auszuüben oder das Recht in seinem Namen Zwang und Gewalt auszuüben, an andere zu delegieren. Damit steht er in fundamentalem Widerspruch zu jedem politischen System, dessen Wesen in der Ausübung von Zwang und Gewalt liegt.

Hans-Hermann-Hoppe (geb. 1949) ist einer der bekanntesten *lebenden* Vertreter der „ÖS“. In Deutschland geboren, unterrichtete er ab 1986 an der Universität von Las Vegas / Nevada Volkswirtschaftslehre. Mit seinem Werk „*Demokratie, der Gott der keiner ist*“ hat er 2003 eine vernichtende Demokratiekritik vorgelegt. Wie sein Lehrer Rothbard plädiert auch er für eine staatsfreie „Privatrechtsgesellschaft“, deren Konzept er u. A. im genannten Buch skizziert. Der an der Universität Madrid lehrende Jesús Huerta de Soto (geb. 1956), der an der Universität Angers / Frankreich wirkende Jörg Guido Hülsmann (geb. 1966) und Philipp Bagus („*Die Tragödie des Euro*“) bilden heute die jüngste Generation von Wirtschaftswissenschaftlern, in der Tradition der ÖS. Sie alle haben hochinteressante Abhandlungen zur Geldtheorie vorgelegt, denen - im Lichte der aktuellen Entwicklungen – größte Bedeutung zukommt.

Hoppe meint, wohl zu Recht, daß die Fehler der Massendemokratie nicht auf dem Boden diese Systems behoben werden können und fordert eine „Nachfolgelösung“. Er meint damit eine (im „Endausbau“) staatsfreie Privatrechtsgesellschaft, in welcher miteinander konkurrierende Agenturen jene Aufgaben wahrnehmen, die der Staat im Laufe der Zeit arrogiert hat (z. B. Bildung, Unfall- Kranken und Pensionsversicherung, Straßenbau, Energieversorgung, Rechtsprechung und Sicherheitsproduktion).

4.) Wie eine Gesellschaft freier Bürger aussehen könnte

Anhand der Beurteilung von in jeder Gesellschaft auftretenden Fragen soll im Folgenden das Wesen einer Privatrechtsgesellschaft erläutert werden.

Soziale Sicherung

Erfolgt durch den Einzelnen. Niedrige Steuern und keinerlei Hindernisse auf dem Weg in selbständige Tätigkeit begünstigen die Möglichkeit zu Eigenvorsorge. Damit reduziert sich der Anteil der Bedürftigen auf eine leicht überschaubare Zahl von Personen. Nur wenige gibt es, die nicht können. Viele dagegen, die nicht *wollen!* Es gibt kein Recht auf Kosten anderer zu leben. Damit gibt es auch keine garantierten Ansprüche auf Vermögensbestandteile unbeteiligter Dritter. Wohlfahrt ist eine Aufgabe freiwilliger Verbände (Caritas, Diakonie, etc.).

Gesundheitswesen

Nahrung, Bekleidung und Behausung kosten Geld. Gesundheitsdienstleistungen ebenfalls. Es gibt keinen logischen Grund, warum man zwar für einen Mantel oder einen Liter Milch bezahlen muß, den Gips am Bein oder ein Antirheumatikum aber „gratis“ erhält. Das staatliche Krankheitsverwaltungssystem ist ineffizient und teuer (Krankenhäuser in unmittelbarer Nähe zueinander wie in Mödling/Baden oder Stockerau/Korneuburg) – und von widerstreitenden Interessen geprägt. Die Kostenintransparenz für die Beitragszahler sorgt für unbekümmerte Nachfrage. Die Förderung einer Nulltarifmentalität lädt zu sozialer Verantwortungslosigkeit ein. Das Vergnügen an unmäßigem Fressen und Saufen oder die Ausübung

gefährlicher Sportarten liegt beim Einzelnen, die Kosten der Wiederherstellung dadurch Erkrankter dagegen werden sozialisiert. In einer Privatrechtsgesellschaft existiert keine Zwangsversicherung – und keine Versicherungspflicht. Wer Leistungen benötigt, der bezahlt selbst dafür, oder die von ihm freiwillig abgeschlossene Versicherung tut das. Wer nicht zahlen will, hat auch keinerlei Ansprüche. Er kann sich aber jederzeit an privat finanzierte Hilfsorganisation wenden.

Geld

Es gibt weder ein staatlich verordnetes noch produziertes Zwangsgeld. Geld war von Anbeginn ein Produkt des Marktes – nicht das einer planenden Behörde. Staatliche Währungsmonopole und ein freier Markt passen nicht zueinander! Geld ist, wie auch die Sprache, „spontan“ entstanden, als Folge menschlichen Handelns, nicht als per Hoheitsakt konstruiertes Produkt eines Plans. Jeder Bürger ist frei zu entscheiden, in welcher Währung er seine Geschäfte abzuwickeln wünscht. Wer das für utopische Phantasie hält, sollte sich vergegenwärtigen, daß in den USA erst 1913 eine einheitliche Währung und ein monopolistischer Geldproduzent, die FED, auf den Plan trat. Noch jedes staatliche Geld wurde früher oder später ein Opfer von Manipulationen zu Lasten der Bürger: Hyperinflationen, Währungsreformen und Geldwertvernichtung sind das typische Kennzeichen staatlicher Geldmonopole. Zentralbanken sind Inflationierungsbehörden und damit natürliche Feinde jedes Sparer.

Pensionen

Prinzip Eigenvorsorge. Einen „Generationsvertrag“, gibt es nicht. Staatliche Umlagesysteme gleichen in einer alternden Gesellschaft Pyramidenspielen. Jeder Bürger hat daher nach Belieben selbst für sein Alter vorsorgen – mittels Lebensversicherung, mittels Firmenbeteiligung, mittels Vermietung und Verpachtung, etc. – oder indem er lebenslanglich arbeitet – was dem herrschenden Frühverrentungszeitgeist massiv zuwiderläuft. Für Problemfälle – aus Eigenverschulden oder schicksalhaft bedingt – sind private Wohlfahrtsvereine zuständig. Die jahrzehntelang geübte WS-Praxis hat zu einer völligen Zerstörung des Vorsorgegedankens geführt. Das beschriebene, privat organisierte System ist jedoch absolut funktionstüchtig. Chile hat unter Augusto Pinochet und Jose Pinera die Umstellung des Umlagesystems auf ein durch Kapital gedecktes Prinzip erfolgreich vorexerziert. Und es funktioniert - ohne dass Menschen zu Hunderttausenden verhungern – weil sie wissen, dass sie für sich selbst verantwortlich sind!

Schule

Es gibt keine staatliche Zwangsvollstreckung – und damit auch keine Kindesverstaatlichung wie im Status quo. Staatliche Schule bedeutet zuallererst (V)Erziehung und Formung von Untertanen, nicht aber Bildungsvermittlung. Ohne entsprechende Bildung und berufliche Ausbildung kann eine zunehmend wissensbasierte Gesellschaft aber nicht weiterkommen. Es ist daher zunächst an den Eltern, für ihre Kinder die ersten Weichen zu stellen und für deren Unterricht zu sorgen. Das kann in professionellen Anstalten (privaten Schulen), oder – wie in den USA, insbesondere bei religiösen Randgruppen, weit verbreitet – auch in Form von „Homeschooling“ erfolgen. Die Eltern sind allemal die vertrauenswürdigsten und besten Anwälte ihrer Kinder. Wie **Milton Friedman** einst korrekt festgestellt hat: „*Es gibt kein freies Mittagessen!*“ Schulen, Akademien und Universitäten sind daher kostenpflichtig. Der Wettbewerb unter den Anbietern von Bildungsinhalten sorgt für Qualität und niedrige Preise. Die Kinder von Mittellosen oder Waisen werden von Sponsoren und Schulmäzenen unterstützt.

Drogen, Kriminalität

„Opferlose Verbrechen“ gibt es in einer freien Gesellschaft nicht. Entweder es werden die Rechte Dritter verletzt oder nicht. Wer sich in seinem Haus betrinkt oder Marihuana raucht, schädigt niemanden. Wer mit seinem Ferrari – dort wo es gefahrlos möglich ist - Tempo 300 fährt, auch nicht. Derlei „Vergehen“ sind daher keine und werden folglich auch nicht bestraft. Aufgabe der Sicherheitspolitik ist es, Sicherheit zu befördern, nicht sie zu reduzieren. Durch die Kriminalisierung von Drogen (egal ob Alkohol oder Heroin) geschieht aber *genau das*. Man züchtet die organisierte Kriminalität der Drogenproduzenten und – Verteiler einerseits und die Beschaffungskriminalität der Abhängigen andererseits. Mehr als 50% der

Gefängnisinsassen in den USA sitzen mittelbar oder unmittelbar wegen Drogendelikten. Im Norden Mexikos tobt – einer irrwitzigen Drogengesetzgebung sei Dank – sei Jahren ein regelrechter Krieg, der jährlich Tausende Opfer fordert. Es steht einem Staat nicht zu, *mündigen* Bürgern in Fragen der privaten Lebensführung Vorschriften zu machen. Paternalismus hat in einer freisinnigen Gesellschaft keinen Platz. Bei der Verfolgung echter Verbrechen steht das Zeil der Wiedergutmachung, nicht das bloße Wegsperrern von Delinquenten auf Kosten deren Opfern – im Mittelpunkt.

Ehe, Familie

Es liegt auf der Hand, dass Eltern in längeren Zeithorizonten denken als Kinderlose. Nach den Eltern kommt eben nicht – wie für kinderlose Hedonisten – die Sintflut. Die Zeitpräferenzrate liegt bei ihnen füglich niedriger als bei Menschen ohne Kinder. Eine niedrige Zeitpräferenz – also die Fähigkeit und Bereitschaft, Konsumententscheidungen zugunsten der Nachkommen auf die Zukunft zu verschieben, begünstigt die Vermögensbildung. Eine Gesellschaft, in der Eigenverantwortung und Zukunftsorientierung etwas zählen, wird daher der Ehe und Mehrkinderfamilien positiv gegenüberstehen. Der Wohlfahrtsstaat hat es indes dahin gebracht, dass nur noch das Prekariat sich reproduziert – und zwar zu Lasten des Mittelstandes, der sich Kinder nicht mehr leisten kann. Die daraus resultierende Abwärtsspirale hat Thilo Sarrazin in seinem Bestseller „*Deutschland schafft sich ab*“ in allen Details beschrieben, ohne allerdings zur logischen Konsequenz zu finden, den WS dafür verantwortlich zu machen und seine Abschaffung zu fordern.

Landesverteidigung

Zwangsverpflichtung (allgemeine Wehrpflicht) gibt es nicht. Bürger gegen deren Willen zu einem Dienst zu pressen, mit dessen Zielen sie sich nicht identifizieren können, ist inakzeptabel – liegt nahe an der Sklaverei. Die Verteidigung nach außen erfolgt daher durch Freiwilligenmilizen, verstärkt durch professionelle Kader. Erst die allgemeine Wehrpflicht, die im Zuge der napoleonischen Kriege „erfunden“ wurde, hat zur total en Politisierung und Militarisierung der Gesellschaften geführt, die vordem undenkbar war. Die Nachteile einer Zwangsrekrutierung sind unübersehbar.

Waffenbesitz

Ist frei. Kein redliches Geschäft – auch der Kauf eines Gewehres – unterliegt einer Beschränkung. Kriminelle finden immer Mittel und Wege, sich zu bewaffnen. Es wäre zynisch, potentielle Opfer zu entwaffnen, während man illegale Bewaffnung nicht unterbinden kann und damit rechtschaffene Bürger der Willkür bewaffneter Gangster aussetzt, denen sie sich wehrlos gegenübersehen.

Diskriminierungsverbote

Gibt es in einer freien Gesellschaft nicht. Diskriminieren heißt *unterscheiden* und das kann nicht ohne Zerstörung der Freiheit unterbunden werden. Jedermann kann frei entscheiden, mit wem er Verträge abzuschließen gedenkt und mit wem nicht. Derjenige, der aus Angst vor einem Vermögensschaden oder aus Sorge um die Sicherheit, seine Wohnung nicht an Schwarze, Briten, Rothaarige, Brillenträger oder Krüppel vermieten will, kann dazu nicht mittels Gesetztes genötigt werden. Der Gastwirt, der sich etwa weigert, Familien mit Kindern zu bedienen, weil er keine Kinder mag, der darf das tun und hat die Kosten der von ihm geübten Diskriminierung tragen – indem er auf Geschäfte mit Familien verzichtet. Ein konsequent zu Ende gedachtes Diskriminierungsverbot würde selbst die Wahl des Sexualpartners kriminalisieren – hätten alle verschmähten Kandidaten schließlich ein Klags- und Schadenersatzrecht gegen den/die Diskriminierende(n). Welch eine absurde Vorstellung!

Subventionen / Protektionismus

Subventionen sind der klassische Ausdruck für die Unterstützung eines vom Markt abgelehnten Verhaltens. Wenn niemand Maßschuhe oder Maßanzüge nachfragt, ist es widersinnig, Menschen dafür zu belohnen, dass sie Schuhe oder Anzüge per Hand herstellen. Das würde einerseits unwirtschaftliches Handeln fördern und andererseits die Entscheidung von Menschen, die bereits auf dem Markt ihre

Präferenzen bekundet haben (indem sie nämlich keine Maßschuhe kaufen!) konterkarieren. Auf Basis welchen Rechts sollte das geschehen? Subventionen – gleich wofür – widersprechen dem Prinzip der freien Entscheidung des mündigen Konsumenten und sind daher abzulehnen. Subventionen sind ein Instrument planwirtschaftlichen Denkens und führen zwangsläufig zur Konservierung unrentabler Strukturen - zur Umverteilung von produktiven zu unproduktiven Teilen der Wirtschaft.

Umweltfragen

Eine freie Gesellschaft ist nicht blind für Umweltfragen. Es war der Staat des 19. JH, der - um bestimmte Industrien zu fördern - einseitig in Eigentumsrechte eingegriffen und die Möglichkeit zur Forderung von Schadenwiedergutmachung ausgeschlossen hat - z. B. in Folge von Schmutzemissionen. Ein strikt angewandtes Eigentumsrecht bietet jederzeit Klagstitel für den Fall einer individuellen Schädigung durch Fremdeinwirkung. Für die ist allerdings ein Nachweis zu erbringen, was mitunter schwierig sein kann.

Zusammenfassung: Der auf den Erkenntnissen der Österreichischen Schule fußende Libertarismus orientiert sich strikt am Individuum und lehnt jeden Kollektivismus ab. Seine Wurzeln reichen in die Spätscholastik (z. B. zu dem in Salamanca lehrenden Jesuiten **Mariana**), die Philosophie von **John Locke** und die der schottischen Moralphilosophen **David Hume** und **Adam Smith**, sowie zu den französischen Physiokraten wie **Jean-Baptiste Say** und **Frédéric Bastiat** zurück. Der immer wieder gegen den Libertarismus erhobene Vorwurf der „Unchristlichkeit“ entbehrt jeder Grundlage: das Neue Testament kennt ebenfalls ausschließlich die Verantwortung des Einzelnen! In einer Gesellschaft freier Bürger ist - wie auch in der christlichen Lehre - kein Platz für Paternalismus, Zwang und Gewalt!

Eine libertäre Alternative zum Zentralismus bildet die *Kleinstaaterei*. Je kleiner die politische Einheit, desto milder der Umgang deren Regierung mit dem Bürger. Die Möglichkeit zur „Abstimmung mit den Füßen“ zwingt die politischen Eliten zum Maßhalten. Positive Beispiele: Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg Hong Kong, Singapur - allesamt im *Index of Economic Freedom* der Heritage Foundation auf den vordersten Plätzen. Die radikalere Alternative zum staatlichen System ist dagegen ein herrschaftsfreies, privatrechtlich organisiertes System, frei finanziert, ohne die Pflicht zur Leistung von Zwangsabgaben, in welchem der Rechts- und Eigentumsschutz des Bürgers von miteinander konkurrierenden Agenturen wahrgenommen wird. Diese Agenturen könnten etwa aus heute bestehenden Versicherungsunternehmen hervorgehen. Private Firmen, die sich des Eigentumsschutzes der bei ihnen Versicherten annehmen, hätten – im Gegensatz zum Staat – größtes Interesse an Konflikt- und Schadensvermeidung und würden den Bürger, falls dennoch ein Schaden einträte, abfinden. Der Staat dagegen maximiert unentwegt seine Einnahmen, ohne aber den Bürgern entsprechend verbesserte Leistungen anzubieten.

Am Beginn des Weges steht die Zurückdrängung von „Zwangsgesellschaften“ durch das Instrument der Sezession. Das bedeutet den Austritt kleinerer aus größeren Organisationen – das Gegenteil dessen, was wir gegenwärtig im Zuge des Ausbaus der politischen Strukturen der EUdSSR erleben. Der Frieden und Wohlstand mehrende *Freihandel* benötigt keine politische Union – keine harmonisierten Sozialstandards und Steuerlasten. Die Träger des Marktes – freie Bürger – treffen „zwanglos“ täglich ihre demokratischen Entscheidungen mit der Geldbörse: Jede ausgegebene Geldeinheit ist eine Stimme- und damit die perfekte Demokratie der Zahler. Der Wohlfahrtsstaat ist an seine Grenzen gekommen und wird implodieren wie der Sozialismus anno 1989. **Margaret Thatcher** stellte einst hellsichtig fest: „*Das Problem mit dem Sozialismus ist, dass ihm früher oder später das Geld fremder Leute ausgeht.*“ Wir sind mittlerweile so weit. Es ist an der Zeit für etwas Neues!

Andreas Tögel
a.toegel@atomed.at